



## Wortprotokoll der 13. Sitzung

### Parlamentarisches Begleitgremium Covid-19-Pandemie

Berlin, den 10. Juni 2021, 13:30 Uhr  
als Kombination aus Präsenzsitzung (Paul-Löbe-  
Haus, Saal E 300) und Webex-Meeting\*.

Vorsitz: Rudolf Henke, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### Tagesordnungspunkt 1

Seite 4

Folgen der COVID-19-Pandemie für verschiedene Branchen

**Mitglieder des Ausschusses**

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
CDU/CSU	Albani, Stephan Heilmann, Thomas Henke, Rudolf Lenz, Dr. Andreas Rief, Josef Warken, Nina Weinberg (Hamburg), Marcus	Helfrich, Mark Körber, Carsten Landgraf, Katharina Monstadt, Dietrich Müller, Axel Rupprecht, Albert Weiß (Emmendingen), Peter
SPD	Fahimi, Yasmin Hartmann, Sebastian Mattheis, Hilde Poschmann, Sabine Stadler, Svenja	Budde, Katrin Özdemir (Duisburg), Mahmut Rawert, Mechthild Schmidt (Wetzlar), Dagmar Yüksel, Gülistan
AfD	Münzenmaier, Sebastian Peterka, Tobias Matthias Schlund, Dr. Robby	Oehme, Ulrich Schneider, Jörg Wirth, Dr. Christian
FDP	Helling-Plahr, Katrin Houben, Reinhard	Höferlin, Manuel Westig, Nicole
DIE LINKE.	Kessler, Dr. Achim Kipping, Katja	Jelpke, Ulla Müller (Potsdam), Norbert
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Dahmen, Dr. Janosch Schulz-Asche, Kordula	Brantner, Dr. Franziska Rottmann, Dr. Manuela



Die Anwesenheitslisten liegen dem Originalprotokoll bei.



## Tagesordnungspunkt 1

### Folgen der COVID-19-Pandemie für verschiedene Branchen

Der **Vorsitzende**, Abg. **Rudolf Henke** (CDU/CSU): Guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, sehr verehrte Sachverständige, sehr geehrte Frau Staatssekretärin Weiß. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zur 13. Sitzung des parlamentarischen Begleitgremium COVID-19-Pandemie, eingerichtet vom Ausschuss für Gesundheit. Wir widmen uns einer öffentlichen Anhörung. Wie immer in diesen Zeiten als Mischung aus Präsenzsitzung und Online-Meeting mit den Sachverständigen. Das ist eine virtuelle Begegnung oder eine elektronisch vermittelte Begegnung. Dann hat man den Anglizismus vermieden. Bei den Sachverständigen möchte ich mich für die kurzfristige Verlegung der Anhörung von 15.30 Uhr auf 13.30 Uhr entschuldigen. Es war eine Planung existent, die vorgesehen hätte, dass heute Nachmittag eine Plenumsdebatte zur Fortsetzung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite stattgefunden hätte. Da bei diesem Thema sowohl die Gesundheitspolitiker als auch die Rechtspolitiker gefragt sind, wäre ein paralleles Tagung schwierig geworden. In der Zwischenzeit haben wir diesen Konflikt doppelt gelöst, nämlich einmal dadurch, dass die Debatte über die epidemische Lage auf den morgigen Tag verschoben ist. Das konnten wir aber nicht vorhersehen und deswegen haben wir diese Sitzung nach vorne gezogen. Das wollten wir nicht noch ein zweites Mal ändern. Ich bitte dafür herzlich um Verständnis. An die zugeschalteten Sachverständigen und alle anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer vorab den Hinweis, sich bitte mit ihrem Namen anzumelden. Wir betrachten die Teilnehmerliste in Webex als Nachweis für die Sitzungsteilnahme. Außerdem bin ich Ihnen dankbar, wenn Sie vorerst Ihre Mikrofone stummschalten. Zum weiteren Vorgehen kommen wir gleich noch. Ich begrüße sehr herzlich, beide zum ersten Mal in unserer Runde, die Kollegin Claudia Müller und den Kollegen Erhard Grundl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Für diese Sitzung wurde ein Wechsel in der Vertretung in dieser öffentlichen Anhörung dem Bundestagspräsidenten bekanntgegeben. Das wäre auch per Mail an das Sekretariat

möglich gewesen. Aber so ist es über jedweden Einwand erhaben. Das Thema „Folgen der COVID-19-Pandemie für verschiedene Branchen“ erklärt die Auswahl der Verbände und Institutionen, die uns heute zur Verfügung stehen. In alphabetischer Reihenfolge: Clubkommission Berlin, Verband der Berliner Club-, Party- und Kulturereignisveranstalter. Frau Pamela Schobeß wird die Organisation vertreten als erste Vorstandsvorsitzende. Wir haben zu Gast den Deutschen Hotel- und Gaststättenverband e.V., DEHOGA mit der Hauptgeschäftsführerin Frau Ingrid Hartges. Zugesagt hat der Deutsche Kulturrat e.V. Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Herr Olaf Zimmermann, vertritt die Organisation. Der Deutsche Landkreistag hat leider absagen müssen. Der Deutsche Städtetag ist mit Detlef Rafael vertreten, dem Leiter des Dezernats Umwelt und Wirtschaft, Brand- und Katastrophenschutz. Aus dem Deutschen Städte- und Gemeindebund e.V. ist der Beigeordnete Norbert Portz bei uns. Vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung ist hier der Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik, Herr Dr. Klaus Michelsen. Vom Handelsverband Deutschland, HDE, ist dessen Hauptgeschäftsführer Herr Stefan Genth, dabei. Von der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist der Leiter des politischen Verbindungsbüros, Herr Markus Fuß, anwesend. Mit dem Blick auf die Folgen der COVID-19-Pandemie für verschiedene Branchen wollen wir die wirtschaftlichen und strukturellen Folgen der langen Einschränkungen durch die verschiedenen Lockdowns für die Wirtschaft beleuchten. Beispielsweise den stationären Einzelhandel oder die Gastronomie, aber auch für den Kulturbetrieb oder das Eventmanagement. Um ein konkretes Beispiel zu nennen: Ich habe regelmäßig Kontakt mit einem Veranstalter, der 40 Bands organisiert und für diese Auftritte vermittelt. Er hat seit dem letzten Herbst nicht eine einzige Vermittlung vornehmen können. Ab und zu hat er Angebote bekommen für Auftritte, bei denen irgendeine Entlohnungssystematik herrscht. Die Gage für die Band ist, dass auf jedes Bier ein Euro draufgelegt wird. Das ist es dann. Davon kann kein Veranstalter existieren und leben. Diese Veränderungen in der Gestaltung des Konsums erleben wir auch in anderer Form. Etwa bei der Frage des Onlinehandels, der natürlich einen ganz anderen Anteil am Konsum gewonnen hat. Die lange Schließung von Kulturbetrieben und gastronomischen Einrichtungen haben deshalb nicht nur für diese Unternehmensbranchen



und deren Beschäftigte immense Folgen, sondern auch durch die Verlagerung des Konsums weg aus den Innenstädten. Dies hat für die Innenstädte Konsequenzen. Innenstädte, die sonst Anziehungspunkte in ihren Kultureinrichtungen sehen. Der Städte- und Gemeindebund hat Hilfen gefordert, um das drohende Sterben der Innenstädte und Ortskerne aufzuhalten. Ein weiteres Thema von besonderem Interesse ist die Evidenz, mit der in den verschiedenen Bereichen geprüft worden ist. Wie zuverlässig ist der Schutz der Besucherinnen und Besucher, der Kundinnen und Kunden? Ich habe immer wieder Stellungnahmen aus den Organisationen und Verbänden gelesen, wo dargelegt wird, wie außerordentlich gut es gerade in diesen Branchen gelingt, die Ausbreitung von Infektionen zu unterbinden. Ein interessantes Thema wäre, was andere Bereiche von ihnen lernen können. Ich danke den Sachverständigen, die uns eine schriftliche Stellungnahme eingereicht haben. Die Abläufe sind so, dass wir ein Zeitkontingent bei den verschiedenen Fraktionen haben. Insgesamt sind 90 Minuten vorgesehen, die in einem von den Obleuten vereinbarten Schlüssel auf die Fraktionen verteilt sind. Nach diesem Schlüssel rufe ich die Fraktionen in einer festgelegten Reihenfolge auf. Das Zeitkontingent beträgt jeweils zwischen vier und sieben Minuten. Die Fragenden und die Antwortenden können über dieses Zeitkontingent frei verfügen. Je mehr Würze in der Kürze liegt, desto mehr Fragen können gestellt und beantwortet werden. Die Fraktionen haben auch die Möglichkeit, verbleibende Restkontingente, zwanzig Sekunden, dreißig Sekunden, eine Minute, auf spätere Frageunden zu verschieben. Es geht keine Zeit verloren. Sie können ihr Kontingent komplett aufbrauchen, auch wenn es sich bei zwanzig Sekunden, die noch sind, nicht lohnt, eine Frage zu stellen. Wir bitten die aufgerufenen Sachverständigen, ihr Mikrofon und ihre Kamera zu Beginn ihrer Antwort einzuschalten. Sobald Sie Ihren Redebeitrag beginnen, werden Bild und Ton aufgezeichnet und live im Parlamentsfernsehen übertragen. Das Wortprotokoll der Anhörung wird nach Fertigstellung auf der Internetseite des Ausschusses veröffentlicht. Die Bild- und Tonübertragung wird in die Mediathek des Deutschen Bundestages aufgenommen. Damit ist diese für die nächsten Zeiten abrufbar. Wenn es keine weiteren Fragen dazu gibt, dann können wir mit den Fragerunden der Fraktionen beginnen. Ich

weise nochmal darauf hin, das jeweilige Zeitkontingent umfasst Frage und Antwort. Es beginnt die Fraktion der CDU/CSU. Diese hat in der ersten Runde sieben Minuten Zeitkontingent. Das Wort erhält zunächst die Obfrau der Fraktion in diesem Ausschuss, Frau Warken.

Abg. **Nina Warken** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank auch an alle Sachverständigen von unserer Seite, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen. Ich möchte zunächst eine Frage an Herrn Portz vom Deutschen Städte- und Gemeindebund richten. Der Vorsitzende hat ausgeführt, wie sehr die Corona-Pandemie Auswirkungen auf nahezu alle Branchen hat und dadurch auch auf unserer Innenstädte. Es ist uns allen ein sehr wichtiges Thema, die Situation in den Innenstädten heute zu reflektieren und zu schauen, wie wir uns künftig aufstellen können. Herr Portz, da würde ich Sie bitten, einmal ein Situationsbild zu zeichnen und auch Ihre Erfahrungen zu schildern.

ESV **Norbert Portz** (Deutscher Städte- und Gemeindebund e.V. (Beigeordneter)): Vielen Dank, Frau Warken für Ihre Frage. Die Situation der Innenstädte, das ist keine Überraschung, die Krise ist da. Die Krise ist für viele Innenstädte nicht neu. Corona war und ist der berühmte Ansatz, der hier nochmal die Krise sehr stark forciert. Ich kann die Zahl nochmal nennen. Was die Branche des Handels angeht, wird sicherlich Herr Genth nachher noch Einzelheiten zu sagen. Bis zu 120 000 Geschäfte stehen vor der Schließung. Das sind die neuesten Zahlen des Handelsverbandes Deutschlands. Damit gehen auch über 400 000 Arbeitsplätze einher. Im Gastronomiebereich wird als Folge davon gesprochen, dass jedes fünfte Geschäft geschlossen werden wird. Aber dazu wird der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband e. V. sicherlich noch was sagen. Neu an der Krise ist in der Tat der Umfang. Es ist nicht nur der Handel und der Gastronomiebereich betroffen, sondern auch Hotels und Büros. Auch das sind Verlierer. Das wissen wir alle. Der Onlinehandel wird nicht mehr weggehen. Die Webex-Konferenzen, die wir durchführen, werden auch nach Corona bestehen bleiben. Dienstreisen werden wegfallen und insofern wird das massive Auswirkungen auf Hotels und Bürostandorte haben. Die Innenstädte und Ortskerne sind immer mehr gewesen als Handel.



Insofern ist unser Anliegen, dass Innenstädte und Ortskerne als Kultur, als Kommunikationsorte, als Stück Heimat erhalten bleiben. Inwieweit das gelingt, kann man zurzeit nicht sagen. Es war in der Vergangenheit schon schwer. Dann gleich, um einen Akzent auf strukturschwache, ländliche Räume zu setzen, wo in der Vergangenheit schon viel Leerstand war: Wir haben den verstärkenden Blick durch Corona bekommen, weil die Krise nicht nur die strukturschwachen Räume erfasst, sondern auch in die strukturstarken Räume reingeht. Wir werden sicherlich veränderte Innenstädte und veränderte Ortskerne bekommen. Das sehen wir als Chancen. Der Handel wird als alleinprägender Bestandteil etwas zurückgedrängt werden. Allerdings: Ohne Handel keine attraktive Innenstadt. Doch es wird ein Mehr an Mischung geben. Die in der Vergangenheit oft monostrukturierten Innenstädte sind nicht immer gut gewesen. Wir werden eine stärkere Mischung bekommen, die zu stärkeren Konfliktpotentialen führt. Ich nenne das Beispiel Vereinbarkeit von Gewerbe und Wohnen. Da müssen wir in Hinblick auf Lösungsfindungen auch rangehen, auch zum Thema Lärm und sonstige Dinge. Was wir insgesamt als Städte und Gemeinden mit dem Handel, mit den Immobilieneigentümern, mit der Bürgerschaft der örtlichen Wirtschaft forcieren müssen: Innenstädte als Wohlfühlorte zu schaffen. Das wird nicht einfach sein. Ich sagte, Innenstädte werden ein anderes Gesicht bekommen. Dann will ich einen anderen herausfordernden Bereich nennen, der auch stark im Wandel ist und den Gesundheitsbereich betrifft. Das ist der Ausschuss für Gesundheit. Das ist das Thema Klimawandel, Klimaanpassung. Eine veränderte Innenstadt wird aus Dürre und Hitze folgen. Das bedeutet, dass mehr Grün, mehr Wasser auch in den Innenstädten gebraucht wird. Ich sage das mit einer aktuellen Kritik, weil wir einen Beschluss der Bundesregierung haben, mehr verpflichtende Solardächer an Innenstadtbauwerken vorzugeben, wenn sie denn neu gebaut werden. Ich halte das zum Teil für schwer kompatibel mit dem Ansatz in unseren Innenstädten und Ortskernen eines Mehr an Grün, eines Mehr an Blau, sprich Wasser. Mehr Solardächer sind schwer vereinbar mit Grün in den Innenstädten und Ortskernen. Letzter Punkt: Wir brauchen als Kommunen mehr Gestaltungsspielraum, nicht nur was Ladenöffnungszeiten angeht. Wir müssen mehr Möglichkeiten haben, auf leere Immobilien zugreifen zu können. Damit in Zukunft nicht das

geschieht, was wir häufig heute schon haben, dass leere Schlüsselimmobilien, etwa Karstadt oder Kaufhof, ganze Quartiere runterziehen. Wir müssen in der Tat, da will ich an das anknüpfen, was der Herr Vorsitzende Eingangssagte, auch den Bund und die Länder in die Verantwortung nehmen. Der Bund ist bisher seiner Verantwortung für finanzielle Unterstützung noch nicht genügend nachgekommen. Die Länder Bayern und Nordrhein-Westfalen haben für ihre Innenstädte und Ortskerne im positiven Sinne jeweils 100-Millionen-Programme aufgelegt, insbesondere mit dem Ziel, die kommunale Steuerungsmöglichkeit zu erhöhen. Das finden wir gut. Wir finden nicht gut, dass das Wohl und Wehe von den gestalterischen Vorgaben einzelner Länder abhängt. Wir sehen den Bund sehr viel stärker in der Pflicht. Die Herausforderung vor der wir stehen, Gestaltung des Innenstadtwandels, ist eine historische Herausforderung. Wir haben es mit dem Allgemeingut Innenstädte zu tun. Das gilt es zu erhalten. Das gilt es zu stärken. Wir müssen Innenstädte so vital gestalten, dass sie für Menschen als Orte der Lebensqualität erhalten bleiben. Da gehören in Zukunft in der Innenstadt sicherlich nicht nur der Handel, sondern die Kultur, die Gastronomie, die Bildung und eine Kita dazu – mehr Mischung, aber auch Wohl. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Portz. So schnell sind sieben Minuten für die CDU/CSU-Fraktion um. Wir wechseln im Fragerecht zur SPD, die auch sieben Minuten hat. Frau Poschmann wird die Fragen stellen. Sie haben das Wort.

Abg. **Sabine Poschmann** (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender.

Beitrag von Abg. Poschmann ist verzerrt.

Der **Vorsitzende**: Frau Poschmann, können wir irgendeinen Weg finden, die Verständigung zu verbessern? Wir hören Sie sehr abgehakt und auf einer Frequenz, die schwierig ist.

Abg. **Sabine Poschmann** (SPD): Vielleicht geht's jetzt besser? An Herrn Dr. Claus Michelsen die Frage, wie sieht es mit den Insolvenzen aus? Meinen Sie, da kommt zukünftig noch was auf uns zu?



Sollten wir da eingreifen? Wenn Sie an die Verschuldung der Unternehmen denken, die Kreditleasing in Anspruch genommen haben, kommt da noch ein Problem trotz wirtschaftlicher Erholung auf uns zu? Wie sollten die aktuellen Corona-Hilfen auch zukünftig weiter genutzt werden? Wie ist Ihre Einschätzung? An Markus Fuß hätte ich noch die Frage, wie bewerten Sie das Kurzarbeitergeld?

Der **Vorsitzende**: Frau Poschmann, die ersten Fragen sind gut zu verstehen gewesen. Das waren drei Fragen an Herrn Dr. Michelsen. In der zweiten Hälfte müssen wir schauen, ob dafür noch Raum ist oder ob wir eine weitere Verständigung über das Telefon hinbekommen. Jetzt geben wir erstmal Herrn Dr. Michelsen das Wort, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

**SV Dr. Claus Michelsen** (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Leiter Abteilung Konjunkturpolitik)): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Fragen. Die Frage, ob wir ein erhebliches Ausmaß an Unternehmensinsolvenzen in den nächsten Monaten beobachten werden, ist eine wichtige Frage, denn sie bestimmt letztlich den weiteren konjunkturellen Ausblick. Bislang ist es so, dass die Zahl der Insolvenzen, aber auch die Zahl der Unternehmensabmeldungen im letzten Jahr drastisch gesunken ist. Das ist etwas Untypisches für eine wirtschaftliche Krise. Normalerweise würde man beobachten, dass es erhebliche Anstiege dieser Insolvenzanmeldungen gibt. Dies ist zurückzuführen auf die Aussetzung der Insolvenzmeldepflicht und auch in erheblichem Maße darauf, dass die Unternehmen Liquidität zur Verfügung gestellt bekommen haben. Genauer gesagt: Kredite, Bürgschaften, Zuschüsse oder Beihilfen. Diese Hilfen dürften geholfen haben, dass viele Unternehmen am Markt geblieben sind. Die interessante Frage ist, wie sich dieses Geschäft weiter entwickeln wird. Der Ausblick für die Wirtschaft ist erstmal nicht der schlechteste. Wir gehen davon aus, dass wir mit fortschreitender Impfung deutliche Öffnungsschritte sehen können, auch in den betroffenen Branchen wie dem Handel oder dem Gastgewerbe und dass sich daraus wieder florierende Geschäfte für die Unternehmen ergeben. Nichtsdestotrotz müssen wir davon ausgehen, dass die Insolvenzen,

die letztes Jahr ausgeblieben sind, nachgeholt werden. Wir rechnen schon damit, dass die Zahl der Insolvenzen in den nächsten Monaten deutlich steigt. Das ist zunächst eine Normalisierung. Wenn es darüber hinaus zusätzliche Insolvenzen gibt, dann hat das entsprechende Effekte auf dem Arbeitsmarkt. Dann dürfte auch die Nachfrage nach bestimmten Dienstleistungen zumindest nicht mehr so stark ausfallen, wie wir das im Augenblick prognostizieren. Sie hatten nach den zusätzlichen Hilfen gefragt, die man den Unternehmen zur Verfügung stellen kann. Wir haben im Augenblick vor allen Dingen Programme gefahren, die Liquidität sichern, die dafür sorgen, dass Vertragsbeziehungen stabilisiert werden, dass Mietzahlungen geleistet werden können, dass sonstige Lieferbeziehungen bestehen bleiben, dass die Unternehmen nicht in diese Liquiditätsengpässe geraten. Das ist auf Kosten des Eigenkapitals der Unternehmen gegangen. Das lastet auch auf der Möglichkeit, sich zu erholen. Die Investitionsfähigkeit wird dadurch gesenkt. Viele Unternehmen dürften in den kommenden Monaten und Jahren weniger investieren, als sie es ohne diese Pandemie getan hätten. Und wenn wir über Hilfen nachdenken, sollten wir die Eigenkapitalseite stärken. Das heißt, die finanziellen Polster, die in der Pandemie aufgebraucht wurden, durch Neustarthilfen wieder zu ermöglichen, so wie sie angedacht wurden bei jungen Unternehmen oder durch Eigenkapitalspritzen bei größeren Unternehmen. Das wäre etwas, was helfen könnte. Wir reden immer wieder davon, dass die ganz akuten Probleme mit dem Instrument des Verlustrückertrages ganz gut adressiert werden können. Das wäre eine relativ zügige Hilfe. Das ist das, was momentan diskutiert wird. Darüber hinaus gibt es sicherlich auch viele andere Bereiche. Im Bereich der Gründung beispielsweise, wo man etwas tun kann. Aber das würde jetzt wahrscheinlich zu weit führen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Poschmann hat uns im Chat kontaktiert und ihre zweite Fragestellung richtete sich an die Gewerkschaft ver.di mit der Bitte um eine Bewertung der Regelungen zum Kurzarbeitergeld sowie um den Bereich der Berufsausbildung. Das Wort hat Herr Fuß.



**SV Markus Fuß** (ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Leiter politisches Verbindungsbüro)): Vielen Dank für diese Frage. Ich fange mit der Bewertung des Kurzarbeitergeldes an. Wir stimmen alle damit überein, wir würden von ganz anderen Situationen auf dem Arbeitsmarkt reden, wenn es diese Regelung nicht gäbe: zum Beispiel von Massenarbeitslosigkeit. Dieses Instrument hat sich zum zweiten Mal bewährt. Das ist gut so. Dieses Kurzarbeitergeld korrespondiert mit der Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge, weil das die Liquidität von Unternehmen stärkt, die durch die Lockdowns ins Schlingern geraten sind. Ich will die Luftverkehrsbranche ansprechen und noch einen Hinweis zu den Regelungen geben, die bis zum 30. September 2021 gelten. Wir haben die Situation in der Luftverkehrsbranche, dass wir rund 80 Prozent der Beschäftigten in unterschiedlichsten Bereichen noch im Kurzarbeitergeld haben. Alle Prognosen, Daten und Gespräche in Aufsichtsräten und Wirtschaftsausschüssen zeigen, dass die Krise der Luftverkehrsbranche weder im Februar 2021 noch im Februar 2022 beendet sein wird. In dieser Branche sind, wenn man den Industriesektor dazu nimmt, direkt über 300 000 Menschen beschäftigt. Indirekt hängt nochmal die gleiche Größenordnung daran. Wir haben es mit einer Branche zu tun, die eine ihrer tiefsten Krisen erlebt. Wir werden so einen Instrumentenkasten weiterhin benötigen, um wie bei „Thomas-Cook“ die Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen weiterhin sicherzustellen. Ansonsten wird es vermutlich in größeren Größenordnungen zu Entlassungen kommen. Wir sind mit vielen Unternehmen am Kämpfen, um tarifvertraglich alles sozial abzufedern. Das wird sehr schwer, wenn der Staat mit solchen Mechanismen nicht weiter unter die Arme greifen wird – Nachfragen dazu gerne. Es gibt noch andere Branchen, da muss man abwarten, wie die Entwicklung ist. Für die Tourismusbranche befürchte ich zumindest für 2021 ähnliches, auch wenn die Auftragsbücher langsam voll werden.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Fuß. Wenn weitere Ausführungen gewünscht sind, müssen wir die auf eine spätere Runde verschieben. Die sieben Minuten für die SPD-Fraktion sind verbraucht. Herzlichen Dank. Wir wechseln zur AfD-Fraktion. Da hat Herr Münzenmaier für sechs Minuten das Wort.

**Abg. Sebastian Münzenmaier (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Fragen richten sich an Frau Hartges. Ich grüße Sie, schön, dass man sich zumindest virtuell wieder sieht. Wir sind alle froh, dass die Gastronomie wieder öffnen kann, dass es langsam wieder vorwärts geht. Zu dieser Aufbruchsstimmung gehört ein bisschen was dazu. Ich hätte für Sie diese Frage, wie bewerten Sie die aktuelle Situation? Vor allem vor dem Hintergrund, dass viele Gastronomen sich momentan melden. Sie teilen mit: Wir haben einen Mehraufwand sowohl finanziell als auch personell. Wir müssen eventuell einen Test kontrollieren und manchmal vor Ort die Testdurchführung überwachen. Wir alle haben gesehen, dass in den vergangenen Monaten viele Menschen gezwungen waren, sich irgendwo außerhalb der Gastronomie Jobs zu suchen. Diese Menschen müssen irgendwie wieder zurückgewonnen werden. Oftmals haben auch viele Leistungsträger die Gastronomie in Richtung andere Branchen verlassen. Das heißt, zum Einstieg würde mich mal interessieren, wie bewerten Sie das aktuell und wie blicken Sie auf diese momentane Situation? Vielen Dank.

**Sve Ingrid Hartges** (Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e.V. (DEHOGA) (Hauptgeschäftsführerin)): Einen wunderschönen guten Tag, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Münzenmaier, verehrte Abgeordnete, liebe Kollegen. Eine Einschätzung gebe ich sehr gerne. Wir hatten in der ersten Juniwoche eine Umfrage mit 5 700 Teilnehmern durchgeführt. Der Umsatzrückgang im Monat Mai wurde im Durchschnitt über alle Branchensegmente hinweg mit 67 Prozent beziffert, obwohl die Außengastronomie mehrheitlich überall geöffnet wurde, zeitversetzt im Mai in den Bundesländern. Das sind die nackten Zahlen. Wir haben im Moment eine Zweiteilung im Markt. Wir haben auf der einen Seite die geöffnete Außengastronomie, wir haben die Ferienhotellerie an der Nordsee, an der Ostsee. Wie haben, man sieht, aktuell auch gute Buchungszahlen, sodass man sich über eine ordentliche Belegung freut. Leider ist Mecklenburg-Vorpommern ein bisschen spät dran. Da haben die Gäste sich vorher schon anders entschieden, nachdem zu Pfingsten vieles storniert worden war. Das nur am Rande. Zuversicht wächst in den Bereichen der Ferienhotellerie und in der relevanten Außengastronomie. Auch die Innengastronomie ist mit



Auflagen geöffnet. Die Umfrage hat ganz klar gezeigt, dass die Testpflicht und die Kontaktregeln ein großes Problem sind und Gäste davon abhalten zu kommen. Das gilt insbesondere da, wo nicht ausreichend Testkapazitäten zur Verfügung stehen. Das ist ein Problem. Glücklicherweise sind in vielen Ländern die Testpflichten in der Außengastronomie abgeschafft worden. In der Innengastronomie bestehen sie noch. Da muss man auch dafür Sorge tragen, dass man hier praktikable, nachvollziehbare Regeln schafft, wenn die Inzidenzen aktuell so weiter sinken – wir sind heute unter 20 bundesweit –, dass man wirklich schaut, was ist denn noch notwendig an Abstandgebot, Hygienekonzepte, Gästeregistrierungen. Das ist schon einiges an Aufwand. Auch nicht alle Gäste sind davon begeistert. Mehrheitlich muss ich allerdings sagen, es kehrt Lebensfreude bei den Gästen zurück, die unendlich dankbar sind, dass sie die Betriebe wieder aufsuchen können, auch bei den Mitarbeitern und bei den Unternehmern. Stichwort Mitarbeiter: Es wäre eine Katastrophe geworden, wenn wir noch länger geschlossen gewesen wären. Wir haben einen Verlust von 12 Prozent der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Mitarbeiter, nominal waren es 130 000 bis Februar. Die Betriebe, die geöffnet haben, die relevante Umsätze machen, beklagen Mitarbeitermangel. Es fehlen vor allen Dingen Fachkräfte und durchaus auch Hilfskräfte. Ich denke, dass die Studenten und Rentner schnell zurückkommen. Das waren geliebte Minijobs für sie. Aber es ist vieles zu organisieren. Im Juni ist es schwierig: Die Regelwerke, die auch unterschiedlich in den Ländern sind – teilweise gelten die Tests nur 24 Stunden, anderswo 48 Stunden, im Hotel muss man alle 72 Stunden Tests machen. Die Welt ist da sehr kunterbunt. Für die Akzeptanz der Regeln wäre es gut, wenn die die Gäste betreffenden Regeln bundesweit einheitlich wären. Der Föderalismus ist so wie er ist. Im besten Fall ist er ein gesunder Wettbewerb für die besten Regeln. Hier leider nicht immer. Das ist die eine Welt. Was aber ganz wichtig ist, sind Tagungs- und stadtindividuelle Regeln. Dort ist die Situation noch katastrophal. Wir haben Auslastungszahlen teilweise von nur fünf oder zehn Prozent. Keine großen Anfragen für Tagungen und Kongresse in der zweiten Jahreshälfte. Gleiches gilt für Clubs und Diskotheken, die nur in Niedersachsen öffnen dürfen. In den anderen Bundesländern gibt es keine Öff-

nungstermine. Wir haben dadurch eine echte Zweiteilung. Wir hätten uns aus Gründen der Planungssicherheit gewünscht, dass Kurzarbeitergeld mit den 100 Prozent Sozialversicherungsbeiträgen, dass die Erstattung und die Überbrückungshilfe 3 bis zum Jahresende verlängert werden. Dafür hatte sich auch Bundesminister Altmaier eingesetzt. Leider war das innerhalb der Bundesregierung nicht konsensfähig. Ich bin im Moment zuversichtlich. Die Bundesregierung ist offensichtlich überzeugt, dass am 30. September 2021 die Pandemie vorbei ist. Wir werden in einigen Bereichen, noch erhebliche Folgen zu spüren bekommen. Da darf sicherlich nicht auf den letzten Metern der Stecker gezogen werden. Insgesamt aber muss ich der Bundesregierung danken. Die meisten Betriebe unserer Branche hätten ohne die Hilfen definitiv nicht überlebt. Kurzarbeitergeld ist wertvoll. Nur mal zum Vergleich: Wir hatten zum Höhepunkt der Finanzwirtschaftskrise 35 000 Mitarbeiter in der Kurzarbeit. Ein verschwindend geringer Anteil. Jetzt waren es 600 000 in Kurzarbeit, in der Spitzenzeit sogar über 700 000 Mitarbeiter. Die Zahlen sinken nun sukzessive. Im Juni werden sich die Zahlen nochmal deutlich verbessern. Im Mai konnte noch keine so deutliche Verbesserung erfolgen, da nur die Außengastronomie in relevanter Größenordnung geöffnet hatte. Dankeschön.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Hartges. Die Zeit ist leider um. Wir wechseln zur CDU/CSU-Fraktion. Da hat Frau Warken das Wort.

Abg. **Nina Warken** (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich möchte gerne zum Kulturbereich kommen. Das ist einer der von der Pandemie am stärksten betroffenen Gesellschaftsbereiche. Eine Frage möchte ich stellen an Herrn Zimmermann vom Deutschen Kulturrat. Könnten Sie uns eine Einschätzung zur aktuellen Situation der Akteure im Kulturbereich geben und uns sagen, wie denn die Unterstützungsprogramme gewirkt haben? Also: Neustart Kultur oder Bundesprogramm, Sanierung kommunaler Einrichtungen im Bereich Sport, Jugend, Kultur und auch Länderprogramme, die es zusätzlich gab?

SV **Olaf Zimmermann** (Deutscher Kulturrat e. V., (Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates)): Vielen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren,



liebe Frau Warken. Sie haben es in Ihrer Frage gesagt, der Kulturbereich ist ganz besonders betroffen. Ich muss es einfach zumindest am Anfang einer Anhörung sagen. Für uns sind die letzten 15 Monate eine absolute Katastrophe gewesen. Viele von uns sind seit 15 Monaten quasi im Lockdown. Es hat eine leichte Erholung im Sommer gegeben. Da durfte der eine oder andere wieder ein bisschen was machen. Das war aber auf ganz niedrigem Niveau. Im Oktober sind wir wieder in den Lockdown gegangen. Nun haben wir große Hoffnung, dass sich das wirklich verbessert. Sie haben nach der Einschätzung, wie es aussieht, gefragt. Es sieht bei uns dramatisch aus. Die aktuellen Zahlen sagen, dass wir im Durchschnitt einen Umsatzrückgang über alle kulturellen Bereiche von 13 Prozent haben. Das hört sich erstmal nicht so viel an. Aber das liegt daran, dass wir einige wenige Bereiche haben, denen es ganz gut geht. Der Computerspielebereich konnte sogar in der Krise ein Plus vermelden. Wir haben einige Bereiche, die so im mittleren Bereich sind, wie die Buchhandlungen oder die Verlage. Die haben auch sehr viel verloren, 30, 35 Prozent. Sie sind aber nicht so dramatisch gefährdet wie zum Beispiel die Filmwirtschaft, die fast 50 Prozent verloren hat, der Kunstmarkt mit mehr als 50 Prozent, der Musikmarkt mit 54 Prozent und die darstellende Kunst, das ist der absolute Spitzenwert bei uns, hat 85 Prozent ihres Umsatzes verloren. Sie können sich die dramatische Lage vorstellen. Das hat sich auf unseren Arbeitsmärkten sehr negativ gezeigt, wie die Kolleginnen und Kollegen es schon gesagt haben. Natürlich ist diese Kurzarbeiterregelung auch für uns eine wichtige Maßnahme. Man muss aber auch sehen, dass unser Bereich ein stark selbständiger Bereich ist. Mehr als ein Drittel aller Beschäftigten in unserem Bereich sind Selbstständige. Sehr viele sind im wirklich unteren Einkommensbereich. Für die haben diese Kurzarbeiterregelungen keine positiven Wirkungen gezeigt. Wir haben am Anfang eine heftige Debatte gehabt: Wie denn beispielsweise die Überbrückungshilfe 1 bis 3 gerade für diese Selbstständigen im Kulturbereich fassbarer und sinnvoller gemacht werden kann? Es hat sich dann ein bisschen verbessert mit der Neustarthilfe. Dazu wurde ein Weg gefunden, dass nicht die Betriebsausgaben als die Grundlage für die Förderung gesehen wurden, denn die haben die „kleinen“ Selbstständigen nur in ganz begrenztem Umfang. Deswegen war es so wichtig, dass es spezifische Programme für den

Kulturbereich gab. Also Neustart Kultur 1 ist ein ganz wichtiges Programm. Mit dem war es einfach möglich, nicht nur pandemiebedingte Investitionen zu machen und auch den Investitionsstau in vielen Kultureinrichtungen und kulturwirtschaftlichen Betrieben wirklich nachhaltig zu verändern und etwas für die Digitalisierung zu tun. Das Wichtigste ist allerdings gewesen, dass wir Stipendien an die Künstlerinnen und Künstler weitergeben konnten und auch, dass die Vorbereitungen für das Wiedereröffnen des Kulturbereiches da waren. Den herzlichen Dank an Sie als Abgeordnete! Ohne Sie wäre Neustart Kultur 1 vollkommen unmöglich gewesen. Eine Milliarde Euro haben Sie zur Verfügung gestellt. Anschließend haben Sie kurz danach nochmal eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt. Das Programm wurde so gut angenommen. Auch dafür nochmal danke. Es ist für den Kulturbereich unglaublich wichtig, dass wir wirklich zielgerichtete Unterstützungen haben. Auch finden wir das Programm des Innenministeriums zur Sanierung kommunaler Einrichtungen im Bereich Sport, Jugend und Kultur gut. Das ist sinnvoll und notwendig, dass es das gibt. Es hat aber keine direkten Wirkungen auf die künstlerische Produktion, für die ich in erster Linie stehe. Deswegen muss man sich diesen Bereich nochmal gesondert anschauen. Ein wichtigen Punkt ist nochmal die Frage, wie gehen wir mit unseren Betrieben um? Da haben wir dieselbe Situation, die schon Herr Michelsen genannt hat. Das Aussetzen der Insolvenzpflicht ist für uns positiv gewesen. Dadurch konnten viele Betriebe weitermachen. Aber das bedeutet nicht, dass es diesen Betrieben gut geht und auch nicht, dass die quasi einfach so weitermachen können. Es wird auf die nächsten Wochen ankommen, wenn wir endlich wieder Licht am Ende des Tunnels sehen, wenn wir anfangen können, langsam wieder im Kulturbereich hochzufahren. Dann wird es darauf ankommen, wie der Sonderfonds des Bundes für die Kulturveranstaltungen anfangen wird zu wirken. Wenn das funktioniert und die zweieinhalb Milliarden Euro gut in den Bereich hineinfließen, haben wir eine gute Chance weiterzumachen. Dankeschön.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Zimmermann. Dann gehen wir für fünf Minuten weiter zur FDP-Fraktion. Das Wort liegt bei Herrn Kollegen Houben.



Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich möchte gerne Stefan Genth vom Handelsverband Deutschland befragen. Herr Genth, Sie schreiben, dass in den nächsten drei Jahren eine größere Anzahl von Unternehmen die Segel streichen müssen. Vor allen Dingen habe ich den Eindruck, das ist das stille Verschwinden vom Markt, also ohne Insolvenz. Deswegen hilft die Betrachtung der Insolvenzzahlen alleine nicht. In dem Zusammenhang möchte ich von Ihnen wissen, müssen wir – Kommunen, Länder und der Bund – nicht neue Anstrengungen starten, um unsere Innenstädte zu stärken? Ich als erfahrener Kommunalpolitiker stelle fest, dass in den letzten 20 Jahren in den Kommunen eine Politik betrieben worden ist, die dem Einzelhandel und den Einrichtungen in den Innenstädten nicht geholfen hat, angefangen von Zufahrtsbeschränkungen, City-Maut in einzelnen Städten, Parkgebühren ect. pp.

SV **Stefan Genth** (Handelsverband Deutschland (HDE) (Hauptgeschäftsführer)): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, vielen Dank, Herr Houben. Vorweg noch eine Bemerkung zur Situation im Einzelhandel. Es ist gut, und da kann ich mich anschließen, was die Kollegin Hartges gesagt hat. Wir werden durch diese Öffnungsschritte ein Stück weit mehr in die Normalität hineingehen. Bei uns im Lockdown sind 200 000 Einzelhandelsunternehmen im Non-Food-Bereich. Ich rede von den Innenstadtbranchen, nicht vom auch betroffenen Lebensmittel- und Einzelhandel. Wir haben im Mai noch über 200 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kurzarbeit gehabt. Nun haben wir das große Interesse, sie in die Betriebe zurückholen. Aber man muss sehen, dass im Mai der Umsatzverlust im Durchschnitt trotz erster Öffnungsschritte zwischen 50 und 60 Prozent lag. Wir kennen das alles – click and meet, click and test und solche Konzepte. Der Umsatzverlust war hoch, obwohl die Läden theoretisch geöffnet haben. Kunden sind dann doch nicht gekommen. Insofern ist die Lage in diesem Bereich nach wie vor dramatisch. Aus zwei Gründen: Vor allem, weil die Verbraucher immer stärker das Onlinegeschäft genutzt haben, was nachvollziehbar ist. Viele unserer Mittelständler sind längst schon in diesem Onlinegeschäft unterwegs und nutzen diese Möglichkeit. Aber häufig ist dieses Geschäft kein ertragreiches, weil hier Wettbewerb und Preise und Konkurrenzen sehr groß sind. Viele Händler machen dann zwar Umsatz, aber der Ertrag für das

Geschäft ist doch gering. Das Institut für Handelsforschung der Universität Köln geht davon aus, dass bis zu 120 000 Geschäfte in den nächsten zwei, drei Jahren verschwinden können. Herr Houben, Sie haben Recht, teilweise sind es stille Insolvenzen. Unternehmen, die verschwinden, Filialen die geschlossen werden, auch große Filialunternehmen, die ihr Filialnetz ausdünnen. Es gab prominente Beispiele in den Medien, wie Douglas und andere, die diesen Weg schon gegangen sind. Deshalb brauchen wir gemeinsame Anstrengungen. Insofern haben wir eine sehr gute Kooperation als Handelsverband Deutschland auch mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Städtetag. Herr Portz sagte zwar, einkaufen ist nicht alles in der Innenstadt. Das ist richtig, aber auch hier zwei Werte. Eine repräsentative Kundenbefragung und Passantenbefragung sagt aus, dass über 60 Prozent der Besuche durch den Einzelhandel in der Innenstadt verursacht werden. Man geht in die Innenstadt zum Einkaufen, übrigens auch die Jüngeren, die unter 25-Jährigen. Diese sind hier mit 50 Prozent noch vertreten. Es ist also nicht nur eine digitale Gesellschaft. Allensbach hat gerade vor einem Jahr eine Befragung gemacht. Die haben dann die Bürger gefragt, was verbindet Sie mit dem Wert Heimatverlust? Die Bürger haben zu 80 Prozent ausgeführt, dass wenn alteingesessene Geschäfte schließen, wäre das ein Stück weit Heimatverlust. Das heißt, wir brauchen neue Anstrengungen für die Innenstädte, nicht nur mit Geld. Wir haben gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden einen Innenstadtfonds gefordert. Gefordert hört sich immer so fordernd an, aber wir brauchen die Unterstützung der Kommunen. Die Städtebauförderung hat sich bewährt, aber wir müssen hier neue Wege gehen, um mehr Investitionen in die Kommunen zu ermöglichen. Öffentliche Investitionen verursachen häufig auch private Investitionen. Herr Houben, wir sehen durch diese anderthalb Jahre lange Pandemie die vom Eigenkapital ausgezehrten Betriebe. Wir brauchen wirtschaftliche, solide Fundamente. Deshalb wäre es gut und wichtig, hier spreche ich gerade die Mittelstandspolitiker an, eine Mittelstandsaktivität im Rahmen der Digitalisierung nochmal aufzulegen. So etwas gibt es schon in einzelnen Bundesländern. Der Bund könnte mit einer Digitalisierungsförderung für mittelständische Unternehmen das exzellent auf den Weg bringen. Dann hätten diese die Möglichkeit, in den



Standorten der Innenstädte einen modernen Einzelhandel weiter zu betreiben. Das heißt, eine Verbindung der Vertriebskanäle online und offline und die Investitionen beispielsweise auch in die neuen Ladengeschäfte einfließen zu lassen. Da braucht es natürlich noch mehr, beispielsweise auch rechtliche Rahmenbedingungen bei der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm. Vielen Dank.

Abg. **Dr. Achim Kessler** (DIE LINKE.): Ich möchte gerne meine erste Frage an Herrn Fuß von der Gewerkschaft ver.di richten. In welchen Branchen waren die Auswirkungen der Krise besonders drastisch? Wo hat die Krise am meisten Arbeitslosigkeit und kürzere Arbeitszeiten ausgelöst oder am meisten arbeitsbedingte Infektionen unter den Beschäftigten verursacht und welche Schlussfolgerungen ziehen Sie für den Arbeitsmarkt, die Personalausstattung in Gesundheit und Pflege sowie die Handlungsfähigkeit der Kommunen in diesem Kontext?

SV **Markus Fuß** (ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Leiter politisches Verbindungsbüro)): Vielen Dank für diese sehr spannende Frage. Eine kann ich Ihnen nicht beantworten. Das ist das Infektionsgeschehen in Betrieben. Ich sag mal, als Hobbyempiriker, das meine ich ernst, habe ich festgestellt, dass das RKI keine repräsentativen Untersuchungen gemacht hat. Insofern können wir auch nicht sagen, wie das Geschehen evidenzbasiert in Betrieben war. Nichtsdestotrotz gab es natürlich einige Hotspots. Amazon ist durch die Presse gegangen und dass die die Schutzmechanismen dort häufig nicht gegriffen haben. Ich will bei der letzten Frage dann als zweites anknüpfen, Stichwort Handlungsfähigkeit Kommunen. Ich greife das Thema Innenstädte auf oder greife mal das Thema öffentlicher Personennahverkehr auf. Der Präsident des Deutschen Städtetages war im Deutschlandfunk zu vernehmen mit der Aussage, dass Mehrkosten und Mindereinnahmen, Stichwort Gewerbesteuer, in 2021 in einer Größenordnung von 9,4 Milliarden anstünden und nächstes Jahr mit zehn Milliarden. Das heißt, Bund und Länder müssen den Kommunen unter die Arme greifen, wenn in wichtige Bereiche investiert werden soll. Einer dieser Bereiche ist der öffentliche Personennahverkehr, der natürlich von der Handlungsfähigkeit der Kommunen abhängig ist. Wenn die Kommunen kein Geld ha-

ben oder sparen müssen, dann wird bei den Frequenzen, bei der Taktung gespart oder die erhöhen die Ticketpreise. Mal ganz davon abgesehen, Stichwort Klimawandel, dass man eine Stärkung des ÖPNV braucht. Also ist die finanzielle Ausstattung der Kommunen zentral für ganz viele gesellschaftliche Dinge, was auch Arbeitsplätze, Beschäftigten, Zukunftsinvestitionen betrifft. Besonders belastete Branchen in der Krise, es ist ja schon über einige geredet worden, den ganzen Verkehrsbereich, Luftverkehr, dazu habe ich was gesagt, die ganze Tourismusbranche, Hotel, Gaststätten, allerdings auch Veranstaltungsbranche, Friseure, Handel, sind natürlich in der Krise mit an der Spitze, über 500 000 Menschen in Kurzarbeit, im Kultur-, Medien- und Kunstbereich wurde gesagt. Auch die Weiterbildungsbranche, die Hochschulen sind in der Krise, die wurden alle unmittelbar sehr hart getroffen und wo es teilweise auch Arbeitsplatzabbau gab. Wir haben aber auch nicht nur Branchen, sondern auch Berufsgruppen oder Erwerbstätigengruppen, die sehr stark betroffen waren, zum Beispiel Soloselbständige oder aber Minijobber:innen insbesondere. Die waren sehr hart betroffen, weil sie keinen Zugang zum Kurzarbeitergeld haben. Befristete Beschäftigte waren sehr stark betroffen. Das waren die ersten, die häufig entlassen oder nicht mehr weiterbeschäftigt worden sind. Und wir haben Bereiche, die profitiert haben, aber einer sehr hohen Belastung unterliegen, wie zum Beispiel Pflege, Gesundheitsbereich, Gesundheitsämter. Ein Punkt ist mittlerweile klargeworden: Dass eine der Lehren aus dieser Krise ist, dass man nicht nochmal in so eine Krise unbedingt reinlaufen muss. Man muss gewappnet sein. Wenn diese genannten Bereiche der Pflege und Gesundheit vorher schon personell unterbesetzt waren, ist eins jetzt deutlich geworden: Selbst in der kritischsten Phase, was die Belastung der Krankenhäuser angeht, mangelte es nicht an Intensivbetten, mangelte es nicht an technischer Ausrüstung. Es mangelte einzig und allein an Fachpersonal. Das kann man nicht mehr verantworten. Wenn der Personalbedarf vorher schon nicht erfüllt worden ist, ist das jetzt nochmal deutlich zutage getreten. Es ist überfällig und das wird eine der großen Herausforderungen der nächsten Bundesregierung sein, dafür zu sorgen, dass viel mehr Personal durch gesetzliche Regelungen in Krankenhäuser, Altenpflegeheime und den anderen Bereichen kommt und auch notwendig sein wird, wie zum Beispiel bei den Gesundheitsämtern.



Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Es sind noch 15 Sekunden übrig. Ich würde vorschlagen, die schreiben wir Ihnen gut, Herr Kessler. Einverstanden? Dann geht das Fragerecht weiter zur Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für fünf Minuten. Den Anfang macht Frau Kollegin Müller.

Abg. **Claudia Müller** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Herrn Rafael vom Deutschen Städtetag. Es ist angekungen, dass in Bezug auf die Innenstädte die Corona-Pandemie gewisse Trends verstärkt hat, insbesondere den Trend zu mehr Onlinehandel. Insbesondere werden andere Produkte inzwischen mehr online eingekauft. Das geht natürlich auch zu Lasten der Innenstädte. Wir haben gleichzeitig den Trend zu click & collect im Baumarktbereich aber auch bei Möbeln. Das sind Trends, die wir auch nicht mehr rückholen werden. Natürlich sind das auch Sachen, die die Innenstädte belasten, allerdings den Möbelbereich meistens nicht betreffen. Meine Frage ist, was können wir machen, um die Attraktivität und damit auch die Verweildauer in den Innenstädten wieder zu erhöhen? Das ist nicht nur der Einzelhandel, das ist auch die Gastronomie, das sind Kunst- und Kulturangebote in diesem Bereich. Wir wollen wegkommen von den immer gleichen Innenstädten mit den immer gleichen Ketten. Da spielt die Frage der Gewerbemieten durchaus auch eine Rolle. Deswegen meine Frage an Sie: Welche Konzepte sehen Sie, um hier die Attraktivität und die Verweildauer in den Innenstädten perspektivisch zu erhöhen? Welche Rolle spielen moderne Verkehrskonzepte? Und die Frage öffnet sich auch mit Blick auf die Gewerbemieten, was noch als Problem gesehen wurde, welche Ansätze würden Sie da verfolgen?

SV **Detlef Raphael** (Deutscher Städtetag (Leiter des Dezernats Umwelt und Wirtschaft, Brand- und Katastrophenschutz)): Herzlichen Dank, Frau Müller, herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte anknüpfen, wo Herr Portz aufgehört hat. Herr Genth hat den Bezug hergestellt. Wir haben in den letzten Jahren im Trend gehabt, ganz andere Nutzungen in die Stadt zu holen. Was ein wichtiger Punkt ist, dass die Menschen, die die Innenstadt brauchen, in die Stadt auch aus anderen Gründen gehen müssen. Ich will das für zwei Bereichen zeigen. Was spricht eigentlich dagegen, Bildungseinrichtungen

verstärkt in die Innenstadt zu setzen? Das beginnt vom Kindergarten und hört bei der Hochschule auf. Einige Städte haben diese Vorgehensweise mit großem Erfolg praktiziert, beispielsweise die Stadt Siegen. Das holt die Menschen ab, die auch die Innenstadt für attraktiv halten. Sie werden gleich reingeholt. Die Leute müssen in die Innenstadt; nicht, weil sie in den Einzelhandel oder was anderes wollen. Das Gleiche gilt für den Kulturbereich. Olaf Zimmermann hat drauf hingewiesen. Das muss nicht die Hochkultur sein. Wir bieten viele Veranstaltungen an, die die Menschen in die Innenstadt locken und verbinden das während des Aufenthaltes mit dem gastronomischen Besuch. Auch, weil es dann größere Kulturveranstaltungen sind, in den Beherbergungsbetrieben oder die Menschen suchen währenddessen den Einzelhandel auf. Wenn wir viele Kultureinrichtungen zentral in die Innenstadt verlegen, wäre das hilfreich. Das ist der eine Block. Der zweite ist, und da hatte Frau Hartges darauf hingewiesen: Das ist ein bisschen untergegangen in der ganzen Debatte. Man muss unterscheiden zwischen den Städten, die von sich aus touristisch attraktiv sind, wegen ihrer Baukultur oder bestimmter Events oder Ereignissen. Von den Städten, die davon leben, dass sie Messe- oder Kongressstädte sind. Da hatte Frau Hartges ebenfalls drauf hingewiesen, der Messe- und Kongressbereich liegt komplett brach. Das gilt damit auch für den sogenannten Geschäftsreisetourismus, der eine große Relevanz hat. Wiederum auch für die anderen Nutzungen in der Stadt. Das heißt, hier ist ein Handlungsfeld gegeben. Deshalb die ganz konkrete Bitte, darüber nachzudenken, dass vernünftige Absicherungsprogramme für die Kultur erweitert werden auch auf den Messe- und Kongressbereich. Das wäre extrem hilfreich und würde damit auch die anderen Branchen stärken. Ein weiterer Bereich, der im Moment so bisschen am Rande steht, ist das ganze Thema Handwerk. Und ich meine jetzt nicht nur das dienstleistende Handwerk, sondern auch den ganzen Manufakturbereich. Auch da ist ein erhebliches Potential drin. Sie haben das genannt, das ist das Thema Gewerbemieten, das natürlich viele produzierende Handwerker aus der Innenstadt raus sind, weil es ihnen zu teuer geworden ist. Die mussten dann in die klassischen Gewerbegebiete. Auch hier der Versuch, das zu verändern. Wir haben durch die Änderung im Bürgerlichen Gesetzbuch eine kleine Hilfe. Da hat sich dankenswerterweise auch der Handelsverband Deutschland



für eingesetzt. Wir müssen das Thema Gewerbemieten ganz neu beleuchten. Ich bitte nicht um eine Debatte zum Gewerbemietendeckel oder dergleichen. Das ist gar nicht damit gemeint. Wir brauchen einen vernünftigen Ausgleich für die, die da investiert haben. Dieses Thema muss auch angegangen werden. Wir haben noch einen Bereich, wo wir ranmüssen. Wir brauchen mehr Flexibilität für die Kommunen, um auch was ausprobieren zu können. Reallabore, wir haben früher gesagt, Experimentierräume. Das ist mir egal, wie man es bezeichnet. Aber wir brauchen Instrumente, um etwas ausprobieren zu dürfen. Ob das funktioniert oder nicht funktioniert. Ich glaube nicht, dass wir durch Grundsatzentscheidungen Änderung der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm brauchen. Ich sag das aus eigener Anschauung. Wir haben eine Kundenversionsfläche Stahlindustrie in Dortmund weiterentwickelt. Die Leute sind da mit Begeisterung hingezogen. Jetzt gibt es eine erhebliche Kritik von den dort Hingezogenen. Doch alle wussten, dass Tourismus entsteht, wenn alles vorhanden ist. Nun gibt es diesen Konflikt. Sie kriegen ihn nicht weg über eine Veränderung der Werte, sondern nur über ein Verständnis füreinander. Dass sozusagen andere Nutzungen auch wieder dahin kommen, wo sie bisher nicht waren.

Abg. **Yasmin Fahimi** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir können gerne bei Herrn Rafael bleiben. Meine Frage würde sich dahingehend anschließen, uns zu konkretisieren, wie diese sehr kreativen Ideen, die schon zum Ausdruck gekommen sind, umzusetzen sind vor dem Hintergrund hoher Verschuldungen von Kommunen, gerade auch bei städtischen Kommunen und wie eigentlich der Zugriff auf leere Immobilien erleichtert werden kann? Wie muss man sich das konkret vorstellen? Und müsste man dann nicht auch tatsächlich die Möglichkeit haben, dass es nicht mehr Experimentierräume gibt, sondern dass man viel stärker mit einer Quartiersentwicklung arbeitet, die den sozialen Raum gestaltet und die die vielen kleinen Funktionen, die personennahe Dienstleistungen oder Manufakturen oder Kulturräume oder Gastwirtschaft auch insgesamt als sozialen Raum definiert? Dass wir das über ein Quartiersmanagement viel besser absichern müssen. Wie wird sich das experimentell entwickelt? Was können wir dafür konkret als Bundesprogramme hinsichtlich der

Entschuldung und auch hinsichtlich der Zugriffe auf Immobilien oder hinsichtlich solcher Quartiersmanagementaspekte tun?

SV **Detlef Raphael** (Deutscher Städtetag (Leiter des Dezernats Umwelt und Wirtschaft, Brand- und Katastrophenschutz)): Dann fang ich mit der Beantwortung Ihren Fragen von hinten an. Neben den Experimentierräumen brauchen wir natürlich auch andere Instrumentarien, um Zwischenerwerb machen zu können oder Zwischenanmietungen machen zu können, um diese dann den Neunutzungen zuzuführen. Beispielsweise, wie von Herrn Portz ausgeführt, gibt es dazu schon Programmen aus Bayern und NRW. Das heißt, wir brauchen finanzielle Unterstützung. Vielleicht könnten wir Startups die Möglichkeit geben, auch in die Innenstadt zu kommen. Das heißt, wir brauchen dringend, wie von Herr Genth ausgeführt, ein Förderprogramm für die Innenstadt und das losgelöst von der Frage von Markus Fuß. Wir brauchen auch einen Ausgleich, um die Kommunen wieder für die Einnahmeverluste zu entschädigen. Das hat es dankenswerterweise im Jahre 2020 gegeben. Dafür ein herzliches Dankeschön an die Parlamentarier, die das unterstützt haben. Wir haben den Ausgleich bei der Gewerbesteuer gekriegt, auch bei der Unterkunft Unterstützung für die kommenden Jahre. Das ist aber bei den Kosten der Unterkunft noch nicht ausreichend, um auch die Jahre 2021 und 2022 zu überstehen. Das heißt, wir brauchen da nochmal eine gemeinsame Initiative Bund/Länder für die Kommunalfinzen. Wir brauchen auch ein Förderprogramm des Bundes, ergänzend zu dem, was einige Länder jetzt aufgelegt haben. Wichtig ist, dass wir nicht nur Leerstandsmanagement machen, sondern Citymanagement. Es hat sich eins bewährt: Die ganz unterschiedlichen Akteure zusammenzuholen. Das ist in einigen Städten schon sehr erfolgreich praktiziert worden, in anderen Städten steht es noch Anfang. Mit den Akteuren und mit der Bürgerschaft ist ein erhebliches Potenzial gegeben, gemeinsame Ideen für die Innenstadt zu entwickeln. Deshalb würde es helfen, ein Förderprogramm für rein investive Maßnahmen zu machen. Wir müssen dazu auch gerade in den kleineren Städten in der Lage sein, die dieses Potential nicht haben. Entschuldige Norbert, wenn ich jetzt für den Städte- und Gemeindebund das Wort mit ergreife. Die personelle Situation ist nicht so gut, dass auch die Citymanagerin oder der Stadtmanager finanziell



unterstützt werden. So kennen wir das aus anderen Bundesländern, beispielsweise im Rahmen der Kommunalrichtlinie, aus der auch der Klimaschutzmanager finanziert wird. Letzte Bemerkung: Es gibt schon ganz viele gute Beispiele. Ich empfehle, sich die gemeinsam von verschiedenen Partnern getragene Internetseite „unsere-stadt-impulse.de“, anzuschauen. Ich schreibe diese Seite gleich noch in den Chat. Diese wird getragen von verschiedenen Partnern. Dazu gehören der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Bundesverband der City- und Stadtmanager, der Handelsverband Deutschland, dazu gehören wir – gemacht von der CIMA und gefördert vom Bayerischen Wirtschaftsministerium. Das zeigt, welche Potenziale und Vielfalt schon vorhanden ist. Ich kann nur empfehlen, auch aus Ihren Handlungsfeldern heraus, diesen guten Beispiele zu folgen und dort mitzumachen. Danke.

Abg. **Yasmin Fahimi** (SPD): Dann würde ich Herrn Fuß fragen, wo unter einer Gesamtbetrachtung aus Ihrer Sicht die wesentlichen Merkmale sind? Wie wir einen sozialen Nachteilsausgleich für die nächsten Monate für die am meisten und schwersten betroffenen Gruppen, die Sie gerade kurz skizziert haben, sicherstellen müssen.

SV **Markus Fuß** (ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Leiter politisches Verbindungsbüro)): Ich verbreitere das Themenfeld: Ein Bereich, der uns am Herzen liegt, ist der gesamte Ausbildungs- und Berufsausbildungsbereich. Wir müssen gemeinsam darauf achten, dass in den krisengeschüttelten Branchen die Ausbildungsplätze gegenüber dem Vorjahr stark reduziert worden sind. Im Tourismusbereich um knapp 59 Prozent, im ganzen Veranstaltungs- und Messebau um rund 36, 37 Prozent. Im Spedition/Logistik-Bereich wurde immer relativ viel ausgebildet, da liegt der Wert noch über 22 Prozent. Das läuft parallel mit einer Entwicklung, dass insbesondere große Betriebe immer weniger ausbilden. Im gesamten Land wird immer weniger ausgebildet. Vor dem Hintergrund des Fachkräftebedarfs muss man da über neue Instrumente nachdenken. Auch vor dem Hintergrund, dass wir über 2,1 Millionen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren haben, die nicht mal einen Berufsabschluss besitzen. Wir haben von der Systematik her im Jugendbereich des Deutschen Gewerkschaftsbundes

überlegt, dass wir im SGB III eine Art umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie machen. Das heißt, alle, die keinen originären Ausbildungsplatz erhalten, werden in einem „Auffangbecken“ gesammelt. Alle Unternehmen beteiligen sich daran. Die, die selbst ausbilden, profitieren davon. Das ist eine notwendige Maßnahme, um jungen Menschen Perspektiven zu bieten. Vor allem bei den Fachkräftebedarfen müssen wir das stärker steuern. Das wäre ein Herzensanliegen von mir als Gewerkschafter, dass die Parlamentarier stark auf diese Ausbildungsproblematik und Berufsausbildung schauen.

Abg. **Axel Müller** (CDU/CSU): Guten Tag zusammen. Mein Problem ist, dass ich die ganze Zeit nicht dabei war. Nun besteht die Gefahr, dass ich Fragen stelle, die schon beantwortet worden sind. Ich bitte da um Nachsicht. Aber eine Frage, die auch meines Wissens nach im Vorfeld immer wieder diskutiert wurde, wie schaffen wir es, denen für die Zukunft eine Perspektive zu geben, auch mit Blick auf COVID-19, die das wirtschaftliche Nachsehen haben? Die gibt es in der Gastronomie, im Einzelhandel, bei den Freizeiteinrichtungen. Wir haben viele Förderprogramme auf den Weg gebracht. Wir haben viele Krisensituationen einigermaßen gemeistert. Aber da ist etwas in der Substanz ins Rutschen geraten. Das war sicherlich schon im Vorfeld zu spüren, vor COVID-19, aber das hat sich noch einmal ganz klar und deutlich beschleunigt und verstärkt. Es kommen immer wieder die Forderungen von Steuererleichterungen. Ich sehe allerdings angesichts der Haushaltslage wenig Perspektive. Vielleicht gibt es andere kreative Vorschläge? Das würde mich interessieren, ob es da schon Lösungsansätze gäbe. Dankeschön.

Der **Vorsitzende**: Jetzt müssten wir nur noch eine Auskunft kriegen, an wen die Frage gerichtet wird.

Abg. **Axel Müller** (CDU/CSU): Ich hab den Überblick nicht. Ich bin zu spät reingekommen.

Der **Vorsitzende**: Dann helfe ich mal. Sie haben den Deutschen Hotel- und Gaststättenverband e. V., den Deutscher Kulturrat und den Handelsverband angesprochen. Passt das?



Abg. **Axel Müller** (CDU/CSU): Dann würde ich den Handelsverband nehmen.

**SV Stefan Genth** (Handelsverband Deutschland (HDE) (Hauptgeschäftsführer)): Vielen Dank, Herr Müller, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich werde das gerne mit aufnehmen. Sie fragten, was müssen wir tun? Wir müssen vorweg sagen, die Wirtschaftshilfen waren für die Unternehmen notwendig und richtig. Gerade für diejenigen, die durch staatliche Schließungsmaßnahmen direkt betroffen waren, die damit für viele andere ein Sonderopfer gebracht haben. Ich will hier gar nicht einsteigen. Wir waren im Gesundheitsausschuss in der Anhörung schon in der Diskussion, weil das Infektionsrisiko beispielsweise beim Einkaufen selbst laut Robert Koch-Institut als gering eingeschätzt wird. Ob diese Maßnahmen überall dort erforderlich waren? Trotzdem hat man für diese Zeit den gesamten Innenstadteinzelhandel geschlossen. Diese Zwangsschließung hat erhebliche strukturelle und wirtschaftliche Folgen. Das Eigenkapital ist bei vielen Unternehmen aufgezehrt. Noch als Stichwort: Die Überbrückungshilfeprogramme. Ja, sie sind gut. Sie haben gewirkt. Aber der Zugang ist nicht für alle gleich einfach. Von den bis jetzt 25 Milliarden für die Überbrückungshilfe 3 sind knapp zehn Milliarden Euro beantragt und ausgegeben worden. Es ist somit nicht das gesamte Geld zur Auszahlung gekommen, das Sie als Bundestag zur Verfügung gestellt haben. Das liegt an den Zugangsvoraussetzungen, die teilweise auch so sind, dass nicht alle Betriebe in den Genuss dieser Hilfen kommen, obwohl es erforderlich wäre. Herr Müller, was muss man tun? Wir müssen das Eigenkapital stärken. Gleich zu Beginn hat Herr Dr. Michelsen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung darauf hingewiesen, dass es enorm wichtig ist, die Eigenkapitalunterstützung der Unternehmen zu forcieren, gerade auch im Mittelstand. Wie kann man das tun? Bei der Überbrückungshilfe gibt es einen Eigenkapitalzuschuss, der direkt dazu dient, die Substanz der Unternehmen zu stärken. Das ist später hineingekommen, aber zwingend erforderlich und muss auch fortgeführt werden. Natürlich die Verlustrückträge: Nicht nur für ein Jahr, sondern mindestens für drei Jahre wären eine gute Basis. Gerade unter Berücksichtigung der Pandemiefolgen müsste man parteiübergreifend gemeinsam diesen Konsens finden, das zu tun, weil man dann die Unternehmen

stützt und in die Zukunft führt, und diejenigen sicher aufstellt, die auch in der Vergangenheit entsprechende Steuern gezahlt und Gewinne erwirtschaftet haben. Das alleine wird aber nicht reichen. Wir brauchen ein Gesamtprogramm. Wir hatten als Standortvoraussetzung über Innenstadtprogramme gesprochen. Die Digitalisierung der Unternehmen ist zwingend erforderlich, um den Anschluss zu halten. Hier gibt es bereits gute Bundesprogramme, die man besser miteinander koordinieren und ausbauen kann, um hier voranzukommen. Natürlich sind wir schnell bei dem Thema Steuern und Besteuerung der Unternehmen. Denn wir haben beispielsweise in den Innenstädten, das finden die Kollegen der Kommunalen Spitzenverbände vielleicht nicht ganz so passend, eine gewerbesteuerliche Zurechnung von Mieten und Pachten, wo die Miete und Pacht, die ein Unternehmer der Innenstadt bezahlt, bei der Gewerbesteuer fiktiv als Einnahme hinzugerechnet wird, obwohl es eine Ausgabe ist. Das ist ein Thema, was uns seit 2006 beschäftigt und wo immer wieder nachgebessert wurde, auch mit einem höheren Freibetrag, vielen Dank dafür. Das ist im letzten Jahr passiert. Aber das reicht nicht aus, wenn Sie die Innenstädte als Standorte des Handels fördern wollen, aber auch die Gastronomie und für Hotels und für andere Betriebe. Da muss man herangehen, weil sie natürlich das großvolumige Auslieferungslager eines großen e-Commerce-Anbieters im Gewerbegebiet nicht extra besteuern. Ich sehe eine Ungleichgewichtung nach wie vor zu Lasten der Standorte der Innenstädte und damit auch zu Lasten des Mittelstands, wo man direkt angreifen und ansetzen sollte. Vielleicht das in aller Kürze. Aber Herr Müller, wir haben dazu konkrete Konzeptüberlegungen, die kann ich Ihnen gerne auch noch im Nachhinein zuschicken.

Abg. **Nina Warken** (CDU/CSU): Ich hätte noch eine Frage an Herrn Dr. Michelsen. Es ist uns allen bewusst, dass die Pandemie Auswirkungen auf die ganze Wirtschaft hat. Können Sie uns da eine Einschätzung über die Prognose zur Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland geben, vielleicht auch eine kurze Einschätzung über einen möglichen Wirtschaftsaufschwung?



**SV Dr. Claus Michelsen** (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Leiter Abteilung Konjunkturpolitik)): Frau Warken, herzlichen Dank für die Frage. Die Prognosen für die Erholung sind nicht schlecht. Wir sind im vergangenen Jahr von einer deutlich langsameren Erholung ausgegangen. Wir wurden im vergangenen Sommer eines besseren belehrt. Das heißt, wenn die Wirtschaft wieder unbeschränkt oder weitgehend unbeschränkt arbeiten kann, kann es zu einer schnellen Erholung kommen. Nichtsdestotrotz gehen wir davon aus, dass es auch mittelfristige Folgen dieser Corona-Pandemie geben wird. Das heißt, unser Wachstumspotential dürfte über die nächsten Jahre durch diese Corona-Krise gedrückt werden. Berechnungen zeigen, dass das ungefähr in der Größenordnung von zwei Prozent weniger Wirtschaftsleistung im Durchschnitt der kommenden fünf Jahre der Fall sein dürfte. Das ist also nicht unerheblich. Nichtsdestotrotz, wir sprechen häufig darüber, wann wird das Vorkrisenniveau erreicht sein, also wann ist sozusagen das Corona Loch ausgemerzt? Wir gehen in unseren Prognosen davon aus, da spreche ich für alle großen Wirtschaftsforschungsinstitute, dass das spätestens zum Jahreswechsel 2021/2022 der Fall sein sollte. Die Corona-Krise trifft die Wirtschaft ungleich. Die unterschiedlichen Auswirkungen im Handel und in der Gastronomie haben wir mehrfach illustriert bekommen. Aber auch die Industrie ist durch die Corona-Pandemie getroffen. Die kamen jetzt besser durch die zweite und dritte Welle, aber die Nachwehen der Krise kriegen wir jetzt zu spüren, nämlich an den Rohstoffmärkten und an den Vorleistungsgütern, die enorm in ihrem Preis gestiegen sind. Ich kann das an ein, zwei Zahlen deutlich machen. Die Preise für Bauholz sind gegenüber dem letzten Jahr im Durchschnitt um 60 Prozent angestiegen. Die Preise für Öl sind erheblich gestiegen. Sie sind auf einem Hochpunkt deutlich über dem Niveau, das wir vor der Krise gesehen haben. Man sieht das im Bereich der Metalle oder im Bereich der Halbleiter. Das macht der Industrie zu schaffen. Das liegt daran, dass die Produktion während der Krise heruntergefahren wurde. Jetzt trifft eine relativ starke Nachfrage auf ein knappes Angebot. Das sieht man deutlich im Überschießen dieser Preise. Das sollte zumindest die industrielle Konjunktur in den kommenden Monaten erheblich belasten, sodass die Erholung langsamer wird. Unsere Prognose ist aber, dass das

durch die raschere Erholung im Bereich der Dienstleistung kompensiert werden kann. Für dieses Jahr rechnen wir als Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung damit, dass wir ein Wachstum von rund 3,2 Prozent erleben werden nach dem Rückgang von etwa fünf Prozent im letzten Jahr. Für das kommende Jahr sehen wir nochmal vier Prozent Wachstum. Das heißt, wenn die Krise letztlich überwunden sein wird, werden die Folgen weiterhin spürbar bleiben. Vielen Dank.

**Abg. Nina Warken** (CDU/CSU): Ich muss etwas springen, weil einige Fragen schon beantwortet worden sind. Ich hätte nochmal eine Nachfrage zum Kulturbereich an Herrn Zimmermann. Haben Sie Zahlen, Fakten über bereits erfolgte Insolvenzen in der Kultur- und Kreativwirtschaft beziehungsweise über welche, die möglicherweise noch drohen?

**SV Olaf Zimmermann** (Deutscher Kulturrat e.V. (Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates)): Wir haben keine konkreten Zahlen über Insolvenzen. Ich habe das schon einmal erwähnt, dass das Aussetzen der Insolvenzpflicht auch bei uns Wirkung zeigt. Gerade im Kulturbereich sind Menschen tätig, die unbedingt weitermachen wollen, deswegen auch sehr oft wirtschaftlichen Sachverstand hintenanstellen, wenn sie denn letztendlich weitermachen können. Wir merken, dass die Rücklagen aufgebraucht sind. Das melden uns auch die Unternehmen. Deswegen ist das, was jetzt in den nächsten Wochen passiert, so unglaublich wichtig. Ob wir wieder die Türe aufmachen können, ob es wirklich funktioniert aufzumachen. Diese Pandemie ist für uns nicht zu Ende. Diese wird mindestens noch das ganze Jahr weiterlaufen, höchstwahrscheinlich darüber hinaus. Wir müssen die Türen unter ganz strengen Hygienebedingungen wieder aufmachen. Das wird sich zeigen, ob das vernünftig abgesichert wurde, jetzt auch durch den Sonderfonds. Dann kann man auch wieder ein bisschen positiver in die Zukunft schauen. Aber das möchte ich auch noch gleich sagen: Die Türen dürfen nicht gleich wieder zugemacht werden. Wenn die Türen langsam geöffnet werden und die Türen dann wieder im Herbst zugemacht werden, das wäre ein wirklicher Katastrophenfall. Das ist meine ganz herzliche Bitte, dass wir das gemeinsam, egal mit welchen Maßnahmen, dann auch vermeiden. Über



einen Bereich ist bisher noch zu wenig gesprochen worden: Wir stehen vor einer zweiten Krise. Herr Rafael hat das schon einmal angesprochen. Wenn die öffentlichen Kassen leer sind, dann werden wir im nächsten Jahr, was die Kulturfinanzierung angeht, ganz besondere Probleme im Kulturbereich haben. Deswegen haben wir dasselbe Interesse wie der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Städtetag – wenn es den Kommunen gut geht, geht es auch dem Kulturbereich gut. Deswegen ist die Frage, ob in diesem Bereich eine Unterstützung gewährt wird, auch für uns ganz zentral.

Abg. **Katrin Budde** (SPD): Vielen Dank. Viel ist für den Kunst- und Kultur- und Kreativbereich schon gefragt worden. Ich will mal präzisieren und meine erste Frage an Frau Pamela Schobeß von der Clubcommission stellen. Ein ganz besonderer Teil der Kultur- und Kreativwirtschaft sind Open Air-Veranstaltungen. Ist das in den wenigsten Bereichen eine Alternative und auch wenn geöffnet wird, ist es sehr kleinteilig? Nun haben wir die Sonderfonds. Ist es das, was Ihnen hilft oder haben Sie noch andere Ideen? Denn wir wollen zukünftig nicht ohne Clubs leben. Nachdem wir sie in das Gesetz als Kunst und Kultur reingeschrieben haben, sollen sie auch bleiben. Herr Zimmermann, für Sie ist die zweite Frage. Wir sind allesamt froh, dass der Neustart der Kultur in vielen Bereichen funktioniert, auch mit den Nachschärfungen und Veränderungen. Aber welche Bereiche hat es denn nicht erreicht? Da ist was übergeblieben, das haben Sie angedeutet. Vielleicht da ganz konkret, ein, zwei, drei Dinge. Und sind die Sonderfonds wirklich ausschließlich das geeignete Mittel, wenn wir die Türen im Sommer/Herbst wieder öffnen, das auszugleichen, was da ist? Wir alle hoffen, dass Sie nicht wieder zugemacht werden müssen. Es ist eine sehr differenzierte Branche mit sehr unterschiedlichen Arbeits- und Abhängigkeitsverhältnissen und einem hohen Anteil an selbständigen Arbeitsverhältnissen. Wir wissen, dass die grundsätzlichen Probleme der sozialen Absicherung besonders durchgeschlagen sind. Wir müssen das verändern. Vielleicht an beide Sachverständige, welche konkreten Ideen sind da? Geben Sie uns einfach was mit, was wir auch in dem Bereich strukturell machen können.

Sve **Pamela Schobeß** (Clubcommission Berlin – Verband der Berliner Club-, Party- und Kulturereignisveranstalter e. V. (1. Vorstandsvorsitzende)): Vielen Dank für die Frage. Die Frage nach den Sonderfonds ist eine Frage, die uns persönlich auch umtreibt. Die meisten von den reinen Musikspielstätten sind im Wesentlichen seit 15 Monaten geschlossen. Es können nur die öffnen, die Außenbereiche haben. Das allerdings auch nicht wirtschaftlich. Viele von uns haben keine Außenbereiche. Das heißt für uns, wir sind im Dauer-Lockdown. Es war am Anfang sehr schwierig für uns. Wir sind eine Branche, die in der Regel nicht über Rücklagen verfügt. Uns hat es sehr kalt erwischt. Wir sind über die ersten Monate fast alle nur durch Spenden aus unserer Community über die Runden gekommen, bis die Hilfen dann angefangen haben zu greifen. Das funktioniert, das muss man sagen, in der Kombination aus den unterschiedlichen Programmen, die es gibt. Wir sind eine sehr heterogene Szene, die sehr unterschiedlich aufgestellt ist. Das heißt, die einen profitieren von den Überbrückungshilfen, viele profitieren von Landeshilfen, sofern sie zur Verfügung stehen. Vieles funktioniert nur über die Kombination dieser Hilfen. Wir haben seit Sommer letzten Jahres auf eine Art Sonderfonds gewartet beziehungsweise darum geworben. Wir waren sehr froh, als es im November dann auch angekündigt wurde. Es kommt ein bisschen spät, insbesondere für die Festivals. Der Sonderfonds, der Ausfallfonds für die Festivals, greift erst ab 1. September. Da ist in Deutschland der Sommer schon fast vorbei. Das heißt, sehr viele Festivals die damit gerechnet hatten, dass sie aufgefangen werden, wenn die Festivals nicht stattfinden können, die fallen da durchs Raster. Der Wirtschaftlichkeitsfonds wird etlichen Bühnen helfen. Mit Bühnen meine ich in dem Zusammenhang Livebühnen für Clubs, die sich hauptsächlich elektronischer Clubmusik verschrieben haben. Die Clubnächte veranstalten mit DJ-Künstler:innen. Diesen hilft es insofern nicht, weil wir solche Veranstaltungen nicht unter Einhaltung von Abstandsregeln durchführen können. Solange wir auf Abstandsregeln setzen müssen, können wir in diesem Bereich ohnehin gar keine Veranstaltungen planen. Dementsprechend können wir von diesen Fonds nicht profitieren. Umso wichtiger ist es für uns, dass die Überbrückungshilfe 3 fortgeführt wird, also Überbrückungshilfe 3 plus soll es nun heißen. Erschrocken war ich, dass das auf September begrenzt ist. Das haben



schon einige meiner Vorredner:innen gesagt, unsere Branche wird sicher noch sehr viel länger davon betroffen sein. Selbst wenn wir in Teilen wieder öffnen dürfen und zum Beispiel Konzerte unter Abstandsregeln durchführen können, wir können überhaupt gar keine Tourneen planen, auch nach wie vor nicht. Das bedarf einer Vorlaufzeit von mindestens sechs Monaten. Das heißt, wir hängen da sehr. Wir werden sehr viel länger angewiesen sein auf entsprechende Hilfen. Wir sind auch finanziell in der Regel so strukturiert, dass wir kleinere Nachwuchsveranstaltungen über ausverkaufte Konzerte mit bekannteren Künstler:innen querfinanzieren. Wir brauchen in irgendeiner Art zwi-schendurch die Vollauslastung, um andere Sachen kompensieren zu können. Ansonsten rutschen wir ab in die Kommerzialisierung unserer Läden, wofür wir aber wiederum auch gar nicht stehen. Das ist sehr schwierig. Eine Verlängerung der Kurzarbeit inklusive Sozialversicherungsleistung ist für uns wirklich wichtig.

**SV Olaf Zimmermann** (Deutscher Kulturrat e. V. (Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates)): Das größte Problem haben wir, Frau Budde, im Bereich der Absicherung der Soloselbständigen. Das ist in diesen Bereichen der Programme nicht optimal. Das ist auch das, wo wir aus dieser Krise wirklich lernen müssen. Also wir haben zwei Gruppen von Soloselbständigen. Das eine sind die Künstlerinnen und Künstler, die sind innerhalb von wenigen Tagen in Not geraten, als die Pandemie losging. Bis heute haben wir sie nicht in einer vernünftigen Art und Weise aus dieser Krise herausziehen können. Die müssen aber selbständig sein. Richtigerweise sind ein bildender Künstler, eine Schriftstellerin oder eine Komponistin selbständig. Unsere Fehlentwicklung ist, dass wir in anderen Bereichen viel Selbständigkeit in den letzten anderthalb Jahrzehnten bekommen haben, die gar nicht hätte sein müssen. Wenn wir in der Zukunft etwas erreichen wollen, die Situation verbessern wollen, dann brauchen wir mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Kulturbereich. Dort, wo wir keine Selbständigkeit brauchen, wo sie nicht für die Kunst notwendig sind, brauchen wir normale Angestelltenverhältnisse. Dann hätten wir viel weniger Not. Die Menschen wären jetzt in Kurzarbeit. Wir würden über ganz andere Probleme miteinander sprechen. Wenn wir in der nächsten Legislatur

periode alle gemeinsam die Möglichkeit haben, dort was zu bewegen, dann würde ich das wirklich toll finden. Danke.

Abg. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Vielen herzlichen Dank Herr Vorsitzender. Herr Genth, Sie haben die evidenzbasierten Maßnahmen kurz angesprochen. Uns ist allen bewusst, dass es in der Vergangenheit viele nicht nachvollziehbare Regelungen gab. Ich erinnere mich an nicht auf Evidenz basierenden Schließungen oder dass beispielsweise in der Außengastronomie Tests gemacht werden mussten, obwohl wissenschaftliche Studien davon gesprochen haben, dass das Ansteckungsrisiko bei nahezu null liegt. Wir wollen nicht nur in die Vergangenheit schauen. Einige Vorredner haben es schon gesagt, man weiß nicht, was kommt. Gibt es noch eine vierte Welle, gibt es eine neue Pandemie? Das heißt, aus Fehlern sollte man lernen. Jetzt würde ich gerne Sie fragen, und wenn die Zeit noch reicht, könnte Frau Hartges ergänzen: Was schreiben Sie einer Bundesregierung oder auch einer zukünftigen Bundesregierung in puncto Öffnungen, Schließungen, evidenzbasierte Maßnahmen ins Stammbuch? Welche Fehler müssen vermieden werden? Was kann besser gemacht werden? Ich danke Ihnen.

Sve **Ingrid Hartges** (Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e.V. (DEHOGA) (Hauptgeschäftsführerin)): Danke sehr! Es ist ganz wichtig, dass die Notbremse zum 30. Juni 2021 ausläuft. Das zeichnet sich ab. Das war auch ein Anliegen von uns. Wir brauchen die dauerhafte Öffnung. Die Landesregierungen und die Landkreise haben gezeigt, dass sie ihren Ermessensspielraum vernünftig nutzen. Es bedarf keiner bundesweiten Notbremse mehr. Es ist wichtigste Aufgabe der Politik für ausreichend Impfstoff zu sorgen. Wir alle wissen, dass mit dem Impfen die Pandemiebekämpfung am besten gelingen wird. Da steht die Politik in der Verantwortung, schnellstmöglich allen Impfwilligen ein Angebot zu machen. Das ist die Grundvoraussetzung. Alle Maßnahmen sind permanent auf Verhältnismäßigkeit zu überprüfen. Das gilt für die Testpflicht im Außenbereich, aber auch im Innenbereich. Wenn ich Inzidenzen unter 20 habe, kann auch die Testpflicht in belüfteten Einrichtungen entfallen. Mit Frischluftzufuhr etc. ist dort das Infektionsrisiko deutlich reduziert. Selbst Markus



Söder hat gestern Abend bei Maischberger gesagt: „Die Impfquote auch der Erstimpfung müssen wir berücksichtigen, weil auch Erstgeimpfte ein deutlich niedrigeres Erkrankungsrisiko haben.“ Die Zahl der doppelt Geimpften wächst. Es ist wichtig bei der Beurteilung der Infektionslage nicht weiterhin nur auf die Inzidenzen zu schauen, sondern auch die Impfquote im Fokus zu behalten. Wir müssen das bekämpfen. Wir müssen besser vorbereitet sein auf die nächste Welle. Das betrifft die Frage der Schließung von Betrieben, das muss unbedingt vermieden werden. Die Folgen für den Arbeitsmarkt und auch für die Struktur in den Innenstädten sind einfach auch mittelfristig verheerend. Da würde ich mir wünschen, dass da alles unternommen und von der neuen Bundesregierung konsequent Bürokratieabbau betrieben wird, sodass keine neuen Belastungen für den Mittelstand hinzukommen, die wirklich damit beschäftigt sind, wieder starten zu dürfen, wieder auf die Beine zu kommen und die Mitarbeiter aus der Kurzarbeit zu holen. Wir müssen zudem eine Ausbildungsoffensive starten. Das hat der Vertreter von ver.di sehr gut beschrieben und auch wie dramatisch da die Auswirkungen sind. Wir brauchen eine Ausbildungsoffensive, insgesamt für die duale Ausbildung, aber auch in den Corona betroffenen Branchen Unterstützung da würde richtig gut tun und wichtig sein. Das wären so in der Kürze meine Punkte. Es ist genügend Lernstoff aus 15 Monaten Pandemie da und das muss umgesetzt werden. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Frau Hartges. Wir haben in der Zwischenzeit versucht, mit Herrn Genth über den Chat Kontakt aufzunehmen. Das ist uns nicht gelungen. Sie hätten aber noch eine Minute.

Abg. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Dankeschön. Frau Hartges, dann bleiben wir noch kurz bei Ihnen. Ich mache mir große Sorgen um Strukturverluste im Tourismus, gerade in den ländlichen Räumen. Wir haben erste Anzeichen von vielen Insolvenzen. Zumindest gibt es bei mir Rückmeldungen von Menschen, die ihren Laden nicht mehr aufmachen, die sagen, ich hatte den Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Was kann der Bund konkret tun, um gerade in ländlichen Räumen bei

spielsweise diesen Strukturverlust, der sich massiv auf die Lebensqualität auswirkt, um den einzudämmen oder zu stoppen?

SVe **Ingrid Hartges** (Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e.V. (DEHOGA) (Hauptgeschäftsführerin)): Es ist wichtig, dass die Politik um die gesellschaftliche Bedeutung unserer Branche weiß. Attraktive Innenstädte sorgen für eine hohe Zufriedenheit der Bürger. Deswegen ist es elementar, dass sowohl in den Städten wie im ländlichen Raum, in den kleineren Städten mit 20 000 Einwohnern, darauf geschaut wird, dass der Handel und die Gastronomie wie auch die Beherbergungsbetriebe wieder in eine erfolgreiche Zukunft starten können. Diese haben so vielfältige und wichtige Funktionen. Sie sorgen für die Lebensqualität im ländlichen Raum. Das Thema Ausbau der Digitalisierung, Ausbau der Infrastruktur, alle diese Punkte sind wichtig. Im ländlichen Raum sind wir oftmals die einzigen Arbeitgeber. Wenn ich mich im Bayerischen Wald umschau oder in anderen Destinationen Deutschlands, das muss entsprechend wertgeschätzt werden.

Abg. **Nina Warken** (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. Sehr viel ist schon beantwortet worden. Nochmal abschließend eine Frage an Herrn Portz. Es gab in einigen Regionen unterschiedliche Modellprojekte, wo dann vorab erste Öffnungsschritte zum Einsatz kamen. Wie haben sich diese aus Ihrer Sicht bewährt, welche Vor- und Nachteile resultieren daraus?

SV **Norbert Portz** (Deutscher Städte- und Gemeindebund e.V.) (Beigeordneter): Vielen Dank Frau Warken. Die haben sich im Grundsatz bewährt, weil die Situationen in Deutschland unterschiedlich waren. Diese Modellprojekte, die haben natürlich einen positiven Effekt gehabt. Man hat sich langsam aus der Pandemie raustasten können. Im Nachhinein ist man immer schlauer. Insgesamt ist das aus kommunaler Sicht gut gewesen. Wir haben kein bundesweites einheitliches Pandemiegeschehen gehabt. Insofern war das der berechtigte Versuch bei sehr unterschiedlichen Gegebenheiten, etwa Inzidenzen, die Pandemie schrittweise in den Griff zu bekommen. Das war sicherlich ein guter Schritt. Danke.



Der **Vorsitzende**: Gibt es weitere Fragen Frau Warken?

Abg. **Nina Warken** (CDU/CSU): Von meiner Seite aus nicht, Danke.

Der **Vorsitzende**: Dann würde der Ausschussvorsitzende, der auch der CDU/CSU-Fraktion angehört anbieten, eine kurze Frage an Frau Schobeß richten zu dürfen. Ich weiß, dass das ein völlig anderes Kulturereignis ist, was wir bei dem Grand Prix Eurovision de la Chanson in den Niederlanden erlebt haben. Aber was wir dort erlebt haben war ein Sicherheitskonzept mit 3 500 Zuschauern in einer großen Halle. Alle sind vorher getestet worden. Alle sind, soweit ich das weiß, auch hinterher getestet worden. Hat es eigentlich ähnliche Konzepte des evidenzbasierten Nachweises für die Durchführbarkeit von solchen Veranstaltungen auch in Ihrer Szene gegeben?

SVe **Pamela Schobeß** (Clubcommission Berlin – Verband der Berliner Club-, Party- und Kulturereignisveranstalter e. V. (1. Vorstandsvorsitzende)): Grundsätzlich hat es solche Testpiloten gegeben. Allerdings nicht so richtig bei uns in Deutschland. Es gab verschiedene Pilotprojekte im europäischen Ausland. Es gab kleine Sachen, die wir in Deutschland haben machen können, aber aus unserer Sicht nicht ausreichend. Wir haben zum Beispiel in Berlin in Zusammenarbeit mit unserer Senatskulturverwaltung gemeinsam mit den staatlichen Häusern, Opernhäusern, der Philharmonie und ähnlichen ein Clubkonzert unter solchen Bedingungen durchgeführt. Das hat wunderbar funktioniert. Sowohl die technischen Abläufe als auch dann am Ende vor Ort. Jetzt muss man aber dazusagen, und deswegen kann man das tatsächlich auch nicht so wirklich mit dem Grand Prix vergleichen. Wir sprechen zum einen über eine Konzertsituation, die man in Teilen bestuhlt durchführen kann. Wir sprechen aber zum anderen auch von der richtigen, wirklichen Clubkultur, die auf Nähe basiert. Solche Testpiloten haben wir bisher noch nicht gehabt, dass wir in den Clubs eine Tanzveranstaltung haben durchführen können, wo wir auf Abstand verzichten konnten. Wir setzen sehr darauf, dass wir das zumindest in Berlin durchführen können. Wir wissen von einigen anderen Bundesländern, dass

das passieren wird. Es ist wirklich schade, dass es da kein Zusammenspiel zwischen den einzelnen Bundesländern gibt und dass es nicht bundeseinheitlich protegert wird. Das würde uns allen helfen, wenn man untereinander die Ergebnisse auch miteinander vergleichen könnte. Wir müssen dahin zurückkommen, wenn wir mit der Pandemie leben wollen oder müssen, solche Veranstaltungen möglich zu machen! Das brauchen wir, weil es sehr viele Menschen gibt, die seit 15 Monaten darauf verzichten. Für bestimmte Communities ist das sozial wirklich dramatisch.

Der **Vorsitzende**: Da noch zwei Minuten sind, würde ich Herrn Zimmermann fragen, ob er für solche Pilotveranstaltungen Beispiele aus dem Bereich des Deutschen Kulturrats kennt.

SV **Olaf Zimmermann** (Deutscher Kulturrat e. V. (Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates)): Es hat eine ganze Reihe von Pilotveranstaltungen in den Theatern und in Museen in verschiedenen Bundesländern gegeben. Diese Pilotveranstaltungen sind durchweg positiv verlaufen. Es ist klar: In Kultureinrichtungen steckt man sich nicht leicht an. Ich kann da auf die schriftlichen Unterlagen von dem Kollegen Genth vom Handelsverband verweisen. Der hat wunderbar auf der Seite 12 seiner Unterlagen ein Schaubild gemacht, wie das Risiko ist und wo man sich letztendlich anstecken kann. Dazu sagt er, dass der Handel sicher sei. Dem stimme ich zu. Aber wenn der Handel sicher ist und man sich dieses Schaubild anschaut, dann ist der Kulturbereich doppelt sicher. Der Kulturbereich hat sogar deutlich weniger Risiken sich anzustecken. Es gibt diese Untersuchungen mittlerweile in fast allen Bundesländern. Wir haben die verschiedensten Eingangssituationen getestet. Wir haben die verschiedenen Sitzplatzkombinationen getestet, dass man so weit wie möglich voneinander weg ist. Es ist eine grundsätzliche politische Entscheidung, das heißt, eine Entscheidung, die Sie treffen werden, ob Kultureinrichtungen letztendlich geöffnet werden oder nicht geöffnet werden. Meine herzliche Bitte, dass wir uns das sehr genau anschauen, wenn wir jetzt anfangen zu öffnen. Wenn wir dieses erste Pflänzchen möglich machen, dass wir nicht wieder diesen Rückschritt machen, denn dann werden wir eine ganz große Verzweif-



lung erzeugen. Es ist noch die Bereitschaft da, dieses Risiko einzugehen. Dann müssen wir es auch machen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Zimmermann. Der Vorsitzende muss besonders darauf achten, dass bei seinen Fragen die Zeit nicht überzogen wird. Ich bitte um Verständnis. Wir haben mit Freude registriert, dass Herr Genth sein Internetproblem gelöst hat und wieder bei uns ist. Als nächster stellt jetzt Herr Houben fünf Minuten Fragen für die FDP-Fraktion.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Herr Vorsitzender, ich möchte Herrn Michelsen vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung fragen. Deutschland ist Weltmarktführer für Messen, also Industriemessen, Ausstellungen und so weiter. Daran hängt ein ganz starker touristischer, gastronomischer, aber auch ein Einzelhandelsumsatz in den jeweiligen Städten. Ich komme aus Köln. Deswegen ist es für mich ein Thema. Inwieweit glauben Sie, dass wir überhaupt Messegeschäfte wieder bekommen werden, wie wir sie in der Vergangenheit hatten, denn alternative Veranstaltungsformen im Netz sind schon geprüft und auch durchgeführt worden?

SV **Dr. Claus Michelsen** (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) (Leiter Abteilung Konjunkturpolitik): Herr Houben, herzlichen Dank für die Frage. Das ist nicht ganz klar zu beantworten. Ich mache Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung. Das ist sicherlich ein Teil davon. Hier kann ich allerdings nur spekulieren. Die Frage ist, ob man sich an dieses Onlinegeschehen so sehr gewöhnt hat und so gut zusammenarbeiten kann, dass es dabei Produktivitätsgewinne oder zumindest keine Produktivitätsverluste gibt. Die Beobachtung ist, dass das durchaus der Fall ist. Man hat hier auch gut investiert. Die Unternehmen haben in den letzten Monaten sehr viel in genau diese digitale Ausrüstung gesteckt, um diesen Austausch zu gewährleisten. Allerdings wäre ich skeptisch, dass man diese Form des Austausches auf Messen, auf Veranstaltungen vollständig durch ein digitales Format ersetzen kann. Ich gehe nicht davon aus, dass wir langfristig von derartigen Veranstaltungen zurückgehen werden. Ich kann mir sehr gut vorstellen,

dass es hybride Veranstaltungsformen gibt. Foren und Vortragsveranstaltungen können auch digital weltweit gestreamt werden. Das wird mit Sicherheit ein bleibendes Element dieser Krise sein. Was ich durchaus persönlich als positiv empfinde. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass man grundsätzlich auf derartige Veranstaltungen verzichtet, weil dort der Austausch stattfindet und Verträge geschlossen werden. Gerade die großen Industriemessen sind in dem Zusammenhang sehr wichtig. Soviel zu meiner eigenen Einschätzung. Wie gesagt, sowas klar zu prognostizieren ist sehr schwierig.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Houben, zweieinhalb Minuten wären noch.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Ich möchte Herrn Portz fragen. Wie ist eigentlich die Einschätzung für die grenzübergreifenden Städtereionen, ich nenne mal Saarlouis oder den Raum Aachen. Wie entwickelt sich dort eigentlich das Geschehen mit unterschiedlichen europäischen Regelungen in der Corona-Zeit? Wäre es nicht wichtig, wenn wir etwas aus der Krise lernen, uns mit unseren Nachbarn abzustimmen? Denn zum Glück ist Europa so weit zusammengewachsen, das zum Beispiel kurzfristige Grenzsicherungen durchaus auch ökonomisch sehr negativ durchschlagen.

SV **Norbert Portz** (Deutscher Städte- und Gemeindebund e.V. (Beigeordneter): Vielen Dank Herr Houben für die Frage. Ich kann das nur bejahen. Ich selbst komme ursprünglich aus der Grenzregion, Belgien, Niederlande, Deutschland, aus der Nähe von Aachen. Ich weiß, wie gut und ausgebaut dank Europa im Laufe der Jahrzehnte auch dieser Grenzverkehr funktioniert und wie sehr er dem Handel nutzt. Ich sag jetzt nur mal drei Städte – Aachen, Lüttich und Maastricht. Der Handel ist durch die Pandemie weitestgehend zum Erliegen gekommen. Wir haben das nationale Denken präferiert. Wir haben uns an Inzidenzzahlen länderspezifisch beziehungsweise bundesweit gehalten.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, lieber Herr Portz, die Zeit ist um. Meine sehr verehrten Sachverständigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Sitzung angekommen. Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen für



die vielen interessanten Fragen und bei den Sachverständigen für die klugen Antworten, die sie gegeben haben. Ich wünsche Ihnen im Übrigen einen schönen Tag, bleiben Sie gesund und die Sitzung für heute ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 17.18 Uhr

gez.

Rudolf Henke, MdB

**Vorsitzender**